

stammt hauptsächlich aus Italien und Frankreich. Beträchtliche Unterschiede in der Reformfähigkeit europäischer Staaten werden vernachlässigt und ausgeblendet; es finden sich nur gelegentliche Hinweise, dass die skandinavischen Staaten in vielen Bereichen etwas besser dastehen. Vor dem biographischen Hintergrund der Autoren ist es verständlich, dass Italien eine große Rolle spielt und sich hier viel von dem „Reformfrust“ entlädt. Jedem, der sich mit der Reformfähigkeit europäischer Staaten auseinandergesetzt hat, dürfte aber klar sein, dass Italien ein besonders reformunfreudiger Staat ist und nicht als repräsentativ für Europa gelten kann.

An einigen Stellen, so muss leider festgehalten werden, ist die Argumentation so oberflächlich und ökonomistisch, dass sie ins Abstruse abdriftet. So wird beispielsweise argumentiert, dass hohe Militärausgaben wesentlich zur höheren Innovationsfähigkeit US-amerikanischer Universitäten beigetragen hätten (77 f.), während europäische Universitäten generell zu wenig private Mittel eintreiben könnten und öffentliche Forschungsförderung im Allgemeinen ineffizient sei (dies gilt offensichtlich nicht für militärische Forschung). Ein zweites Beispiel ist die Argumentation, dass Stadtplanung in Europa die Errichtung von außerstädtischen Einkaufszentren ermögliche, dabei vorgebe, die „Schönheit“ europäischer Städte zu schützen, in Wirklichkeit aber die Insider-Interessen von kleinen Einzelhändlern auf Kosten der Verbraucher begünstige (80 f.).

Gänzlich unberücksichtigt bleibt die Meta-Frage nach der Sinnhaftigkeit wirtschaftlichen Wachstums. Alesina und Giavazzi wollen Europa dazu bringen, wieder so zu wachsen wie die USA. Man könnte auch anders herum argumentieren und fragen, warum die USA sich nicht stärker an dem nachhaltigeren Lebensstil der Europäer orientieren sollten. Die Stärken Europas in Bezug auf Ansätze einer effektiven Klimapolitik sowie einer Stadt- und Infrastrukturplanung, die langfristig die Abhängigkeit vom Auto verringert, werden somit gar nicht gesehen. Eine intensive und ernste Auseinandersetzung mit diesen eher auf einer fundamentalen Ebene ansetzenden Punkten hätte das Argument des Buches glaubwürdiger erscheinen lassen können.

*Stijn Smismans* (ed.): *Civil Society and Legitimate European Governance*. Cheltenham (UK)/Northampton (USA): Edward Elgar 2006, 336 S., £ 75,-.

*Thorsten Thiel*

Die Zivilgesellschaft gilt in Politik und Wissenschaft als Heilmittel für manchen Missstand. Nicht zuletzt soll sie in jene Bresche springen, die in der Europäischen Union unter dem Schlagwort „Demokratiedefizit“ verhandelt wird. Das 2001 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Weißbuch „Europäisches Regieren“ unterstreicht dies ebenso wie die rasant wachsende Zahl von Publikationen, die Art und Weise sowie Wirksamkeit und Wünschbarkeit des Einflusses zivilgesellschaftlicher Akteure auf Steuerungsprozesse im Mehrebenensystem zu ermitteln versuchen. Gesucht wird ein Konzept, welches einerseits den komplexen Anforderungen modernen Regierens, andererseits dem Postulat der Selbstgesetzgebung gerecht wird. Aller Betriebsamkeit zum Trotz stehen aber sowohl die normativen als auch die analytischen Bemühungen noch am Anfang. Es bedarf der Synthese, die die Puzzlestücke aus Empirie und Theorie zusammenführt. Der von *Stijn Smismans* herausgegebene Sammelband „Civil Society and Legitimate European Governance“ stellt sich dieser Herausforderung, wenn er auch nicht vorgibt, sie alleine meistern zu können. Der Band, der auf einen Pariser Workshop aus dem Jahr 2003 zurückgeht, blickt aus drei Perspektiven auf seinen Gegenstand: demokratietheoretisch, juristisch und von den konkreten Politiken her.

Im Theorieteil geht es vornehmlich um das richtige Verhältnis von zivilgesellschaftlicher Partizipation und repräsentativen Institutionen. Dabei wird ein Modell von Zivilgesellschaft vertreten, das von der für den Nationalstaat formulierten Zentrum-Peripherie-Konstruktion abweicht. Letzterer zufolge ist die Zivilgesellschaft unabhängig, steht aber außerhalb des repräsentativ-demokratisch legitimierten Entscheidungszentrums. In der europäischen Konstellation ist es nach Ansicht der Sammelbandautoren jedoch angemessener, die Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre zu verstehen, welche direkten Anteil an Governanceleistungen nehmen will, kann und muss. *Paul Magette* und *Kenneth A. Armstrong* arbeiten in

ihren Aufsätzen allerdings heraus, dass die vollständige Umstellung auf ein deliberatives Demokratiemodell, in welchem die Zivilgesellschaft als Bindeglied zwischen Entscheidungen und Bürgern die dominante Legitimationsfunktion übernimmt, normative Schwierigkeiten aufwirft. Angesichts der mangelhaft ausgeprägten Öffentlichkeit und den in Mehrebenensystemen entstehenden Kontroll- und Verantwortungsproblemen liefern deliberative Elemente Gefahr, zur Tarnung einer Elitenveranstaltung zu dienen. So zeigt Armstrong beispielsweise, dass die offene Methode der Koordinierung – als Modus der freiwilligen Kooperation zwischen den Staaten – zwar richtigerweise Dezentralität ermögliche, aber noch nicht den Mindeststandards bezüglich Partizipation genüge. *Alex Warleigh* urteilt positiver: Er sieht in der Ausweitung deliberativer Verfahren nicht nur das Ziel, sondern auch das Mittel, um Legitimationsschwierigkeiten zu lösen. Der Ausweitung soll die Öffnung folgen.

Im zweiten Teil des Sammelbandes werden die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure untersucht, über den Umweg judikativer Institutionen Einfluss zu erlangen. *Olivier de Schutter* legt dar, dass die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure vor Gericht in drei Hinsichten wichtig ist: (1) in der Vertretung diffuser Interessen, die ansonsten keine Kläger fänden, (2) in der Herstellung von Kontextwissen und (3) in der Stärkung dieser Akteure, die dadurch von den Regierenden aufmerksamer berücksichtigt werden müssten. Auf der europäischen Ebene sei der Zugang für zivilgesellschaftliche Akteure allerdings weitgehend auf Fälle individueller Betroffenheit beschränkt. Die neuen Strategien europäischen Regierens, welche auf vermehrte Einbeziehung im Politikformulierungsprozess setzen, seien in der Rechtsprechung noch nicht angekommen. Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt *Carol Harlow*, deren Aufsatz zudem Argumente gegen das Aufweichen des Rechts durch informelle Konsultationen enthält, bevor *Peter Bonnor* die noch junge Institution des Europäischen Ombudsmans vorstellt. Anders als bei der Anrufung der Gerichte existieren bei der Anrufung des Ombudsmans keine Beschränkungen, doch ist seine Funktion auch nur vermittelnd. Die Beziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Ombudsman hat sich trotzdem vorteilhaft entwickelt. Den auf diesem Wege eingebrach-

ten Klagen und Vorschlägen war teilweise großer Erfolg beschieden. Umso auffälliger ist, dass das Instrument bisher selten genutzt wird.

Der dritte, stärker empirisch ausgerichtete Teil des Buches untersucht in einem ersten Schritt die Wege, auf denen die jeweiligen europäischen Institutionen sich von der Zivilgesellschaft ansprechen lassen. *Carlos Ruzza* vermisst den Abstand von Themensetzungen und Zielvorstellungen zwischen den europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft, *Hubert Heinelt* und *Britta Meinke-Brandmaier* vergleichen, wie die Beeinflussungsstrategien sich in unterschiedlichen Politikfeldern darstellen, und *Robert Erne* geht den Strategien von Arbeiterorganisationen nach, europäische Politik zu beeinflussen. Als gemeinsames Fazit ergibt sich, dass dem Europäischen Parlament eine zunehmend wichtigere Rolle zukommt, dass Entscheidungen in hohem Maße aus dem Kontext erklärt werden müssen und dass die Koordination von Akteuren und Ebenen für die wirksame Einbringung ungemein bedeutsam ist. Neben diesen in der Wissenschaft bereits vorher gut dokumentierten Ergebnissen ist der Hinweis auf die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Implementation von Entscheidungen interessant. Dieser Aspekt wird allerdings nur angerissen, er bedürfte weiterer systematischer Untersuchung und normativer Reflexion.

Die Autoren der letzten drei Aufsätze denken über die Frage des Verhältnisses von Zivilgesellschaft zu Institutionen hinaus und nehmen die Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Bürgern in den Blick. Zunächst prüft *Laura Cram* die Bedeutsamkeit der Zivilgesellschaft für die Formierung einer europäischen Identität. Das Schlagwort des „banal Europeanism“ (242) hat dabei zunächst einiges für sich und soll auf den Identitätsgewinn durch die Gewöhnung an die Institutionen und deren Vision verweisen. In Analogie zur Nationalismusforschung behauptet Cram, dass der ständige Umgang mit der Europäischen Union prägender sei als deren institutionellen Defizite. Für eine solch starke These reicht das von ihr vortragene Material jedoch nicht aus: In ihrem empirischen Teil untersucht sie – für sich genommen aufschlussreich – wie sich unterschiedliche nationale Rahmenbedingungen auf das Europabewusstsein in Frauenrechtsorganisationen auswirken; ihre theoretischen Überlegungen zielen hingegen direkt darauf, das kom-

munikative Gedächtnis des werdenden Volkes zu diagnostizieren. Der innere Zusammenhang bleibt schwammig, die naheliegende Untersuchung eher symbolischer Integrationsmechanismen, wie zum Beispiel des Verfassungsprozesses, wird nicht geleistet. Weit besser gelungen ist *Sabine Sauruggers* Analyse der Professionalisierungstendenzen zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Pointe liegt darin, dass die Anpassung an das Mehrebenensystem den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine interne Umstrukturierung abverlangt, welche den Bürger von ihnen entfremdet. Im Anschluss an Max Weber zeigt Saurugger, dass die steigende Notwendigkeit von Koordination und Expertise es mit sich bringt, dass Spezialisten statt Aktivisten ins Zentrum rücken. Deren Beruf sei die Beratung, doch ihre Berufung entspräche nicht unbedingt der Berufung ihrer Organisation. *Pieter Bouwen* weitet das Spektrum nochmals auf eine andere Weise aus. Er fragt, welche Form von Business-Organisation – einzelne Firma, nationale Assoziation, europäische Assoziation, Consultant – in welchem Maße zum Legitimitätsgewinn europäischer Institutionen beitragen kann, und löst sich somit von den bisher untersuchten nicht-mitgliederzentrierten, advokatorischen Gruppen. Assoziative Formen sind ihm zufolge überlegen, da sie sowohl Input- (durch die Bereitstellung eines umfassenden Meinungsbildes) als auch Outputlegitimität (durch Expertenwissen) bereitstellen. Der Vorteil von assoziativen Formen ist aber ein verallgemeinerbares Ergebnis des Bandes, nicht nur hinsichtlich der Legitimität, sondern auch hinsichtlich der Wirksamkeit.

Eingerahmt wird der gelungene Sammelband durch zwei Texte von Stijn Smismans. Neben dem Brückenschlag zwischen den Beiträgen und Disziplinen wird hier ein weiterführender theoretischer Rahmen zumindest angedeutet: Das von Joshua Cohen und Charles Sabel entwickelte Modell der „directly-deliberative polyarchy“, an welches bereits die Aufsätze des Theorieteils kritisch anzuknüpfen versuchten, sei im Hinblick auf mehr Reflexivität weiterzuentwickeln.

## INTERNATIONALE POLITIK

*Christopher Layne: The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present.* Ithaca/London: Cornell University Press 2006, 320 S., \$ 29,95.

*Carlo Masala*

*Christopher Layne* gehört zu jenen Wissenschaftlern, die bereits Anfang der neunziger Jahre, als die Mehrheit der Vertreter in der Disziplin der Internationalen Politik eine lange Periode des „ewigen“ Friedens prognostizierten, vor den Gefahren uneingeschränkter US-amerikanischer Macht warnten. Nicht zu Unrecht kann der in Texas lehrende und forschende Neorealist heutzutage sagen: „I told you so“. Das unter der Clinton- und der Bush-Administration zu beobachtende Streben nach dem Aufbau eines US-amerikanischen *Empires* produzierte in den vergangenen Jahren eine wahre Flut von Studien, die zu erklären versuchen, warum die imperialen Tendenzen in der US-Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts offen zu Tage traten und ihren bisherigen Höhepunkt 2003 im Krieg gegen den Irak fanden.

Christopher Layne argumentiert in seinem neuesten Buch wieder einmal gegen den *mainstream* seiner – zumeist – amerikanischen Kollegen. Streben nach Hegemonie über die eurasische und asiatische Landmasse, so seine These, sei eine Konstante der US-Außenpolitik seit den vierziger Jahren und nicht ein Phänomen, das sich erst nach dem Ende der macht- und ordnungspolitischen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR beobachten lasse.

In seinem Werk verfolgt Layne drei Anliegen. Zunächst will er erklären, warum das Streben nach Hegemonie eine Konstante der US-Außenpolitik ist. Zweitens will er empirisch nachweisen, wie sich dieses Hegemoniestreben – insbesondere in den amerikanisch-europäischen Beziehungen – manifestiert hat; und drittens, aus der historischen Analyse ableitend, geht es Layne darum, eine alternative Strategie für die USA im 21. Jahrhundert zu skizzieren.

Was Laynes analytischen Zugang angeht, so knüpft er an die so genannte „Schule“ des neoklassischen Realismus an, deren gemeinsamer Nenner – trotz diverser Unterschiede – in